

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 43 (1963-1964)
Heft: 10

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

NACH DEM TODE KENNEDYS

Die letzten Wochen des Jahres 1963 sind umdüstert von den Schatten, die der gewaltsame Tod Präsident Kennedys über die ganze Welt geworfen hat. Die Schüsse, die am 22. November in Dallas das Leben Kennedys auslöschten, mögen die Wahnsinnstat eines einzelnen gewesen sein; die Folgen, die sie auslösten, haben Millionen zu tragen. Noch ist es zu früh, die volle Tragweite des Verlustes zu erkennen. Die Administration Kennedy hat in den knappen drei Jahren ihres Wirkens in idealistischem Elan der amerikanischen Politik manche neue Bahnen vorgezeichnet, in denen sich auch der Nachfolger bewegen wird. Präsident Johnson beeilte sich, in seiner ersten Ansprache vor dem Kongreß, noch unter dem ersten erschütternden Eindruck der Mordtat, dem Parlament zu versichern, er werde die von seinem Vorgänger verfolgte Politik weiter fortsetzen. Das mit Überzeugung vorgetragene «Let us continue!» Johnsons kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß angesichts der großen Machtfülle, die das amerikanische Staatsoberhaupt in seinen Händen vereinigt, jeder Wechsel im Weißen Haus geradezu zwangsläufig eine mehr oder minder starke Änderung der amerikanischen Politik bedeutet. Die Ära Kennedy, die nach dem Willen des im Januar 1961 in Washington an die Macht gelangten politischen Teams zum Aufbruch der Nation zu neuen, großen Zielen hätte werden sollen, die dem Lauf der sechziger Jahre das entscheidende Gepräge gegeben hätten, wird zur kurzlebigen Episode. Das Programm der «New Frontier» mag auch ohne Kennedy fortgeführt werden; der Geist, in dem es verwirklicht wird, wird nach dessen Tod nicht mehr derselbe sein.

Der große Schock

Die unmittelbare Folge von Kennedys Tod war eine sich über Wochen hinziehende und in fast allen Ländern spürbare *Lähmung* des politischen Entscheidungswillens. In den Vereinigten Staaten erhielt der neue Präsident fairerweise eine Atempause zugeschlagen, die er in der ihm eigenen Art mit einer sich durch atemberaubendes Tempo auszeichnenden Einarbeitung in sein Amt ausfüllte. Nachdem die «Schonzeit» abgelaufen ist, zeigte es sich, daß zumindest auf dem Gebiet der Schwierigkeiten die Kontinuität gewahrt bleibt: Johnson sieht sich heute dem Kongreß gegenüber vor die gleichen Probleme gestellt wie Kennedy; es wird seine ganze Kraft beanspruchen, die Civil-Rights-Vorlage durchzubringen, und in der Frage der Exportrisikogarantie bei den Weizenlieferungen nach der Sowjetunion wie auch bei der Auslandshilfe hat der Präsident, der als Senator den Ruf eines außerordentlich gewandten Parlamentariers genoß, alle Mühe, im widerstrebenden Kongreß seine Meinung durchzusetzen.

Aber auch in der internationalen Politik folgte dem Tod Kennedys zunächst eine Art *Vakuum*. Auch hier konnte man das gleiche feststellen: die Probleme waren zwar dieselben geblieben — der Wechsel im Weißen Haus hatte die Differenzen innerhalb der atlantischen Allianz in keiner Weise verändert — und trotzdem herrschte während Tagen und Wochen eine für diese Jahreszeit ungewohnte politische Stille. Der große Schock mußte erst überwunden werden. Selbst die übliche Dezember-Tagung der Nato, an der sich in der Woche vor Weihnachten die Außenminister, die Verteidi-

gungsminister und die Finanzminister der Staaten des Nordatlantikpaktes in Paris versammelten, stand noch weitgehend unter dem Eindruck des Führungswechsels in den USA.

Neue Perspektiven

Wenn es jetzt schon erlaubt ist, eine Bilanz der Geschehnisse seit dem 22. November zu ziehen, so ist das dominierende Moment die *anhaltende Ungewissheit*. Durch den Tod Kennedys haben auch die USA — wenige Wochen nur nach Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland — einen neuen Regierungschef erhalten. Eine erste kurze Fühlungnahme zwischen den neuen Männern fand anlässlich der Beisetzung des ermordeten Präsidenten statt, aber es war damals nicht der Moment, um politische Gespräche zu führen. Ende Dezember jedoch setzte der Meinungsaustausch ein. Johnson lud den deutschen Bundeskanzler *Erhard* auf seine Ranch in Texas ein; der Termin zwischen den Feiertagen ist wohl ebenso bemerkenswert wie die Auszeichnung, die Erhard erhält, indem er, in Nachholung seines auf Ende November geplanten Besuchs bei Kennedy, als erster ausländischer Regierungschef bei Johnson vorspricht. Im neuen Jahr werden die andern Partner der Allianz folgen, an der Spitze der britische Premierminister *Lord Home*, während ein Treffen zwischen Johnson und Präsident *de Gaulle* vorläufig in der Schwebe bleibt.

Auf dem Hintergrund dieser ersten Kontakte zwischen den neuen Häuptern der westlichen Allianz zeichnen sich gewisse Akzentverschiebungen ab, die gewisse *neue Perspektiven* eröffnen. Eines der bedeutendsten dieser Symptome war der Besuch des neuen britischen Außenministers *Butler* in Bonn. In der Ära *Adenauer* waren die Beziehungen zwischen Großbritannien und der Bundesrepublik betont distanziert und kühl. Es wäre wohl verfrüht, schon nach der ersten Fühlungnahme von einer entscheidenden Wandlung zu sprechen. Es lässt sich aber nicht verkennen, daß auf deutscher Seite das Bestreben besteht, die Fäden zu London enger zu knüpfen als in den vergangenen

Jahren. Man stößt dabei auch jenseits des Kanals auf größeres Verständnis als früher; *Butlers* demonstrativer Flug nach Berlin ist ein Symptom für die britische Entschlossenheit, die westliche Position in der Stadt zu halten und zu verteidigen.

Das Loch in der Mauer

Aber gerade in Berlin zeichnete sich in der zweiten Dezemberhälfte ein bedeutsamer Wandel ab, dessen Folgen noch nicht zu überblicken sind. Am 13. August 1961 war die Berliner Sektorengrenze zwischen Ost und West abgesperrt und später durch eine Mauer gesichert worden. Wenige Tage darauf war für die Westberliner der Eiserne Vorhang endgültig heruntergelassen worden, als Organe der sowjetischen Besatzungszone auf Westberliner Gebiet Ausgabestellen für Passierscheine errichten wollten, was von den Behörden im westlichen Teil der Stadt mit Recht als unbefugter Eingriff fremder Funktionäre betrachtet und deshalb untersagt wurde. Die Reaktion der Machthaber in Pankow war ebenso eindeutig wie brutal — seit den Augusttagen des Jahres 1961 hat kein Westberliner das Recht, Ostberliner Gebiet zu betreten.

Es war eine unmenschliche Maßnahme, die Tausende von Familien, deren Angehörige hüben und drüben wohnten, hart traf. Umsonst waren bisher alle Bemühungen, den Osten zur Rückgängigmachung dieser Sperrung, die sich nur gegen Westberliner, nicht aber gegen Westdeutsche oder Ausländer richtete, zu bewegen. Alle Versuche scheiterten an der unnachgiebigen Haltung des *Ulbricht*-Regimes, das die Not der Berliner Bevölkerung zu Pressionsversuchen ausnützte, um sich in Berlin neue, günstige Rechtspositionen zu schaffen.

Der Westen hat diesen Pressionsversuchen lange widerstanden. Die Haltung, die der Senat von Westberlin einnehmen mußte, war keine einfache. Hunderttausende von Menschen wünschten nichts sehnlicher, als endlich wieder einmal ihre Angehörigen zu sehen; für die meisten von ihnen spielten irgendwelche juristischen Erwägungen nur eine sekundäre Rolle. Die Westberliner Be-

hördern, in engem Kontakt mit der Regierung in Bonn, mußten jedoch die Konsequenzen jedes Entgegenkommens gegenüber Ulbricht im Auge behalten; nur zu oft war in der Vergangenheit die Rechtsposition des Westens in Berlin allmählich ausgehöhlt worden, als daß bei Kontakten mit dem SED-Regime nicht jederzeit die Überlegung einer Sicherung vor unliebsamen Auswirkungen irgendwelcher Abkommen hätte im Vordergrund stehen müssen.

Dieses Mal sind von westlicher Seite solche Gedanken zurückgestellt worden, zu gunsten rein menschlicher Erwägungen. Das Ergebnis ist ein Loch in der Mauer Ulbrichts, durch das sich während der Feiertage ein Besucherstrom von West nach Ost bewegte. Niemand wird es nicht mit tiefer Anteilnahme begrüßen, daß sich Menschen, die auf widernatürliche Art und Weise während Jahren getrennt waren, wiedersehen konnten. Die Frage stellt sich nur, ob der Preis, der dafür bezahlt wurde, nicht zu hoch ist. Nüchtern betrachtet hat Pankow sein Ziel erreicht, das es sich im Sommer 1961 mit der Errichtung von Passierscheinstellen auf Westberliner Gebiet gesteckt hatte. Ost-Funktionäre — und wenn es sich auch nur um Postbeamte handelt — übten auf Westberliner Gebiet eine Art konsularische Tätigkeit aus — ohne Zweifel ein weiterer Schritt auf dem Wege zur allmählichen Etablierung ostdeutscher Stellen auf westlichem Territorium. Die Entwicklung, die in Berlin während der Feiertage einsetzte, muß skeptisch stimmen. Obwohl es sich nur um eine temporäre Regelung handelt, wird man das Gefühl nicht los, als sei von der Insel Westberlin wiederum ein kleines Stückchen abgebrochen; ein wenig ermutigendes Bild, wenn man es einordnet in den großen Abbröckelungsprozeß, der seit Kriegsende die Entwicklung in dem geteilten Berlin bestimmte.

Krise der EWG

Neue Nuancen wurden schließlich auch auf der am 12. Dezember in Brüssel zusammen-

tretenden *Sitzung des EWG-Ministerrates* sichtbar. Die Problemstellung war zwar nicht neu; es ging um die umstrittene Agrarordnung der Wirtschaftsgemeinschaft. Präsident de Gaulle hatte auf seiner Pressekonferenz vom 29. Juli verlangt, daß diese Frage bis Jahresende in befriedigender Weise gelöst werde. Unter dem Druck dieser als *ultimativ* empfundenen Forderung nahmen die Verhandlungen zeitweise einen stürmischen, dramatischen Verlauf. Die divergierenden Interessen Deutschlands und Frankreichs stießen in einer Härte aufeinander wie kaum je in den vergangenen Jahren. Adenauer war jeweils geneigt gewesen, im übergeordneten Interesse der deutsch-französischen Zusammenarbeit die Differenzen in den Landwirtschaftsfragen zurückzustellen. Unter seinem Nachfolger spielen solche Rücksichten zweifellos eine weitaus geringere Rolle. Der noch nicht ein Jahr alte deutsch-französische Freundschaftsvertrag vom 22. Januar 1963 erscheint im Lichte der Brüsseler Verhandlungen als Instrument, dessen Bedeutung gegenüber den von seinen Schöpfern gehegten Hoffnungen bereits heute stark abgewertet worden ist.

Es gelang in Brüssel, gewissermaßen in letzter Minute, zu einem *Kompromiß* zu gelangen und das drohende Debakel zu verhindern. Die ersten Kommentare der unmittelbar Beteiligten lauteten durchwegs optimistisch, aber diese Zuversicht kann nicht verbergen, daß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft auch nach dieser Eingang weiterhin von schweren Hypotheken belastet bleibt. Die Gegensätze zwischen den einzelnen Mitgliedern der EWG bestehen, so weit man die Auswirkungen der in Brüssel erzielten Verständigung zu überblicken vermag, weiter. Die Probleme der Agrarwirtschaft werden sich in absehbarer Zeit in modifizierter Form erneut stellen und möglicherweise verschärfen, wenn sich zu ihnen politische Dissonanzen gesellen, die in der Vergangenheit nicht in derselben Stärke er tönten wie heute.

Fabius

PRÄSIDENT JOHNSON UND DIE ZUKUNFT

Die unbegreifliche Ermordung Präsident Kennedys am 22. November in Dallas war keine politische Tat, und sie wird auch keine tiefgreifenden oder nachhaltigen politischen Auswirkungen haben. Geändert haben sich die Persönlichkeit, der Stil und die Methode des Staatsoberhauptes im Weißen Haus.

Auf dem Nationalfriedhof Arlington hat man in dem Grab, auf dem ein ewiges Licht brennt, das Versprechen und die Vision eines jungen, tapferen Mannes begraben, der eben anfing, sich seiner Kraft und Zuversicht bewußt zu werden. John F. Kennedy war im Begriff, in eine Periode der Erfüllung und Vollendung einzutreten. Nach einem tastenden, ja sogar ungeschickten Anfang — man denke an das Fiasko der Kubainvasion im April 1961, an die unglückliche Zusammenkunft mit Chruschtschew in Wien, an sein erschüttertes Vertrauen in die hohen militärischen Kommandostellen und an seine tiefe Ratlosigkeit und Unsicherheit im Sommer 1961, als er zur Berlinkrise Stellung zu nehmen hatte — gewann Kennedy mit dem wachsenden Vertrauen in seine eigene Kraft und in die große Macht seiner Nation eine feste Haltung.

Mit diesem Gefühl von Sicherheit und Zuständigkeit bewältigte er die Kubakrise des Jahres 1962 und legte dort, wie er hoffte, den Grund zu einem Weltfrieden, der auf der allmählich wachsenden Einsicht der Sowjetunion beruhen sollte, daß der Raketenwettlauf zu nichts führe, und nur Verhandlungen über eine internationale Waffenkontrolle und zur Vermeidung eines Krieges ein gangbarer Weg seien.

Kennedy hoffte zuversichtlich, daß bis gegen Ende der sechziger Jahre die Kriegsdrohung durch Vereinbarungen zugunsten eines sichereren Friedens beseitigt werden könne. Er hatte seine Stellung als erster Mann der Welt gesichert und hoffte, durch Folgerichtigkeit und Überzeugungskraft seine Verbündeten einander näherzubringen und seinen Feinden die Gewißheit zu geben, daß die Gefahr eines Atomkrieges durch geeignete gegenseitige Garantien für immer gebannt werden könne.

Kennedys Versprechen starb mit ihm

Kennedy war ein hartnäckiger Realist, und sein Blick wurde selten durch Gemütsbewegungen oder Gefühle getrübt. Es war ihm klar, daß der größte Teil seiner Probleme nicht gelöst war, als das letzte Jahr seiner vierjährigen Amtsperiode herankam und als er sich auf den schwierigen Kampf um seine Wiederwahl vorbereitete. In Vietnam, Südamerika, Berlin wie auch in seinen innenpolitischen Problemen, welche die Bürgerrechte, Steuerreduktionen, die besorgniserregende Arbeitslosigkeit und das Gedeihen der Wirtschaft betrafen, häuften sich die Schwierigkeiten. Als scharfsinniger Politiker mit viel Sinn für die wechselnden politischen Strömungen in Amerika wußte er, daß er einer tief gespaltenen Demokratischen Partei gegenüberstand und daß der Süden wegen der Negerfrage und wegen seiner Bemühungen um soziale Reformen gegen ihn revoltierte.

Ob er es sich selber eingestehen wollte oder nicht, Kennedy mußte der Möglichkeit einer politischen Niederlage ins Auge sehen und damit rechnen, daß jemand wie Senator Goldwater oder ein anderer republikanischer Kandidat die Proteststimmen der verbissenen Negergegner aus dem Süden und der extremen Reaktionäre aus dem Süden und Westen auf sich vereinigen könnte. Obwohl die meisten erfahrenen Politiker mit Kennedys Wiederwahl rechneten, gaben sie die Möglichkeit einer Niederlage zu, und einige Sachverständige prophezeiten inoffiziell, daß er von einem Republikaner — vielleicht von Goldwater — besiegt werde. Statt des Gewehrs eines Mörders hätten die Wahlen von 1964 Kennedys politischer Laufbahn ein Ende setzen können. Es ist schwierig, diese seltsame Gärung in Amerikas politischem Leben richtig einzuschätzen, die sich in dieser Periode relativen Gedeihens durch ein Aufwallen extremistischer Bewegungen gegen Liberalität, Bürgerrechte, staatliche Wohlfahrtsprogramme und andere soziale Reformen so deutlich bemerkbar machte. Irgendwie haben gerade die sozialen Reformen und die wirtschaftlichen Maßnahmen

der Regierung, die den guten Lebensstandard der Nachkriegsjahre zur Folge hatten, auch das Wachstum eines Geschwürs gefördert, das diese Art von Regierung zu zerstören strebt. Glücklicherweise scheint es, daß diese extremistischen Bewegungen nur eine Minderheit bilden, aber sie hätten doch die Kraft haben können, in den südlichen und westlichen Staaten Goldwater genügend Macht zuzuwenden.

Kennedys Tod hat diese politische Aussicht wesentlich geändert. Lyndon B. Johnson, ein Texaner mit Roosevelt'schen New-Deal-Tendenzen, hat eine ausgezeichnete Chance, wiedergewählt zu werden. Obwohl er von den Birch-Extremisten in seinem eigenen Staat und anderswo gehaßt wird und nicht wie Kennedy der Liebling der Großstadtliberalen ist, hat er die Unterstützung weitester Kreise. Für die Demokraten der Südstaaten ist er annehmbarer als Kennedy. Die katholische Konfession wird bei Johnsons Kandidatur keine Streitfrage sein. Sogar die Liberalen aus dem Norden geben widerwillig zu, daß Johnson vielleicht mehr von einem Liberalen im Sinne Franklin D. Roosevelt's an sich habe als Kennedy.

Johnson — ein gemäßigter Liberaler

Johnsons Ruf im Senat stempelt ihn, trotz seiner texanischen Abstammung, zu einem Verfechter der Bürger- und besonders der Negerrechte. Er begünstigt auch soziale Reformen wie ärztliche Fürsorge und staatliche Unterstützung für Erziehung und Forschung. Er bestreitet die Befürchtungen der Birchisten, die gegen staatliche Geldaufwendungen und staatliche Bemühungen um ärztliche Fürsorge und Erziehung opponieren.

Obwohl Johnson sich als Senator wenig direkt mit Außenpolitik zu befassen hatte — er war Spezialist für Militärangelegenheiten und Weltraumplanung —, ist er doch entschieden international orientiert. Als Vizepräsident hat er oft Reisen nach Europa und Asien unternommen, und er hat ein reges Interesse für Südamerika. Er war Mitglied des nationalen Sicherheitsrates, des höchsten die Politik bestimmenden Organs der Regierung, und er ist über die Grundlagen der

amerikanischen Militär- und Außenpolitik informiert.

Zwar liest und forscht Johnson nicht so viel über Weltpolitik wie Kennedy, aber er ist aufgeschlossen, verfolgt wachsam das Weltgeschehen und ist für gute Ratgeber besorgt. Er hat das praktische Vorgehen eines sehr erfahrenen Politikers, der nicht das Unmögliche zu verwirklichen sucht, sondern das Mögliche erreichen will. Die Staats- und Regierungsoberhäupter anderer Nationen werden finden, er sei vernünftig und verständnisvoll, aber nicht leicht zu täuschen und Schmeicheleien wenig zugänglich. Er ist nach mehr als 30 Jahren Erfahrungen im Kongreß ein Meister im politischen Unterhandeln.

Johnson wird mehr als Kennedy bei der alten New-Deal-Schule Rat holen: Er wird sich auf den ehemaligen Staatssekretär Dean Acheson und auf Thomas G. Corcoran, Benjamin C. Cohn und Abe Fortas, die Rechtsanwälte aus der Zeit von Roosevelt's New Deal, stützen. Er wird sich auch von alten Freunden im Kongreß und von Freunden in Geschäfts- und Finanzkreisen beraten lassen. Hochschulprofessoren und junge Gelehrte werden eine geringere Rolle spielen. Johnson wird bestrebt sein, weniger ein Erneuerer und mehr ein Bewahrer des Alten zu sein als Kennedy, der sich oft von neuen Ideen oder von alten Ideen in neuer Aufmachung einnehmen ließ.

Erfahrene Beobachter in Washington glauben, daß unter Johnson wenig wesentliche Veränderungen in der Innen- oder Außenpolitik der USA zu erwarten sind, mindestens in diesem Jahr. Für wichtige Veränderungen in der Besetzung der Ämter außerhalb seiner nächsten Umgebung wird ihm wenig Zeit bleiben. Er hat auch wenig Zeit, seine Wahlkampagne für 1964 vorzubereiten, und er hat wenig Gelegenheit zu Neuerungen oder wesentlichen Umgestaltungen in der Politik. Das Staatsbudget zum Beispiel, das er dem Kongreß im Januar vorzulegen hat, ist schon fast fertig, und zu wichtigen Änderungen reicht die Zeit nicht mehr. Er hat betont, daß er die Absicht habe, sparsam und mäßig zu sein, was immer ein gutes politisches Versprechen ist. Aber das

Budget, das er dem Kongreß vorlegen wird, stammt im wesentlichen von Kennedy, und es wird ein großzügiger Plan sein, der bewußt auf das Wahljahr ausgerichtet ist. Es wird einschneidende Ausgabenkürzungen geben, besonders bei dem großen 51-Milliarden-Dollar-Verteidigungsprojekt und bei der Auslandsunterstützung, welche letztes Jahr im Kongreß Gegenstand von Abstrichen gewesen sind. Man glaubt, daß Johnson auf diesem Gebiet wenige oder keine Änderungen vornehmen wird, weil er immer ein energischer Verteidiger der militärischen Stärke und der Auslandshilfe war. Wahrscheinlich wird das Weltraumprogramm, das die Erreichung des Mondes im Jahre 1970 zum Ziel hat und das mehr als 5 Milliarden Dollar im Jahr kostet, fortgesetzt, weil Johnson ein eifriger Befürworter dieses Plans war.

Stabile Außenpolitik

In der Außenpolitik bleiben Johnson wenig Möglichkeiten zu Neuerungen. Er hat seine Verwaltung bereits beauftragt, den Krieg gegen die kommunistischen Guerillas in Vietnam fortzusetzen. Hier wird das Programm Kennedys weitergeführt. In Europa hat er bereits der Nato und der deutschen Regierung im besonderen die Versicherung gegeben, daß das nationale Interesse der USA mit der Freiheit Berlins und der Verteidigung der Nato-Grenzen verbunden sei. Ob er weiterhin der deutschen Unsicherheit über Amerikas guten Willen und über seine Absichten mit Geduld begegnen wird, bleibt offen. Seine dringendste Aufgabe in Europa ist, die Nato zu einem stärkeren und selbstbewußteren Bündnis zusammenzuschweißen und ein für allemal die westdeutsche Furcht vor einem amerikanischen Disengagement zu zerstreuen. Amerikanische Politiker sind des ständigen Zähneklopplers in Westdeutschland während der Regierungszeit Adenauers und der ständigen Forderung nach beruhigenden Versicherungen allmählich müde geworden. Die Regierung Erhard scheint mehr Selbstvertrauen und eine reifere Haltung zu haben. Die Planer der amerikanischen Verteidigung sind seit einiger Zeit der Meinung, daß der amerikanische Beitrag

zur Nato-Verteidigung reduziert werden kann und muß, obwohl wenige unter ihnen soweit zu gehen bereit sind wie Eisenhower, der findet, daß eine amerikanische Division die Bereitschaft der USA zur Verteidigung Europas hinreichend beweise.

Johnson wird sich in den nächsten Monaten entschließen müssen, ob er Kennedys Bemühungen um eine multilaterale Atom- mächt fortführen wolle, um Deutschlands Verlangen nach substanziereren Versicherungen zu genügen, daß es im Falle eines sowjetrussischen Angriffs mit Atomwaffen verteidigt werde. Gegenwärtig scheint es, daß das Programm der multilateralen Atom- mächt im Zeichen der amerikanischen Politik zur Stärkung der Nato fortgesetzt werden wird.

Johnsons Erfolgsaussichten

Wenigstens in diesem Jahr wird man die alten, vertrauten Gesichter der Regierung Kennedy noch in Washington sehen: den Staatssekretär Dean Rusk und den Verteidigungssekretär Robert S. McNamara. Johnson respektiert sie beide und weiß, daß er sie wenigstens in der Übergangsperiode noch braucht. Rusk und McNamara werden beide solange zu Diensten stehen, als man sie braucht. Johnson hat über Politik oder die Methode keine wesentlich anderen Ansichten als Rusk und McNamara. Es sind also in der Außen- oder Militärpolitik der neuen Regierung Johnsons keine erregenden oder beunruhigenden Änderungen zu erwarten. Mit seiner Meisterschaft in politischen Verhandlungen und seiner Erfahrung in den legislativen Gepflogenheiten des Kongresses hat Johnson vielleicht weniger Schwierigkeiten mit seinem Programm für die Auslandshilfe. Er kennt das Spiel vom Geben und Nehmen seit langem, er weiß, daß man hier etwas hergeben muß, wenn man dort etwas gewinnen will, er weiß, was Überzeugungskraft und der geeignete Einsatz der politischen Macht zur rechten Zeit und am rechten Ort zählen. Er weiß, wie man mit einem ins Ohr geflüsterten Wort, mit einem um die Schulter gelegten Arm gewinnen kann.

Sogar die, welche Johnson kritisiert ha-

ben, weil er als gewiegender Politiker persönlichen Reichtum weit über sein Einkommen als Kongreßmitglied hinaus aufgehäuft habe und welche an seinem eitlen Posieren, an seiner egoistischen Forderung nach äußerster Loyalität von seinem persönlichen Stab und an den salbungsvollen und sichtlich unauf richtigen Worten Anstoß genommen haben, die er an die, denen er Eindruck machen will, zu richten pflegte, werden zugeben, daß Johnson ein anderer Mensch geworden ist,

nachdem er die Präsidentschaft angetreten hat. Und er hat sich zum Guten gewandelt. Die Amerikaner sind überzeugt, daß das Amt eines Präsidenten der Vereinigten Staaten das Beste aus einem Mann herausholt. Sogar seine Kritiker geben zu, daß Johnson wirklich hervorragende Qualitäten hat, und das angebrochene Jahr wird für diese Fähigkeiten eine unerbittliche Prüfung sein.

Lloyd Norman

STÄTTEN DER SAMMLUNG

Zu den natürlichen Eigenschaften jedes Menschen gehört das Bedürfnis nach Einkehr und innerer Sammlung. Das Entstehen neuer Zivilisationsformen hat die Vergesellschaftung des Lebens bis zu einem noch nie zuvor erreichten Grade getrieben. Dazu kommt das ständige Anwachsen der Bevölkerung und die dadurch verursachte Überbesiedlung weiter Gebiete. Es wird immer schwieriger, allein zu sein. Um so stärker macht sich das Bedürfnis nach Stille bemerkbar. Das Recht auf Einsamkeit wird beansprucht.

Diese Auflehnung ist eine gesunde und erfreuliche Reaktion individualistischer Kräfte gegen die überhandnehmende Kollektivierung des modernen Lebens. Seit Jahren hat man uns weisgemacht, daß sich das menschliche Leben nur innerhalb einer Gruppe richtig entfalten könne. Künstlich erzeugte Gemeinsamkeit kennzeichnet sowohl das berufliche wie auch das private Leben.

In den Geschäftshäusern werden die Trennwände niedrigerissen oder durch Glas ersetzt. Die Türe zum Büro des Chefs muß immer offen sein. Jedermann muß jederzeit jedem zur Verfügung stehen. Durch das Telefon kann man stets gestört, unterbrochen, ja überrumpelt werden. Der berufstätige Mensch hat kaum mehr Gelegenheit, seiner Arbeit für sich allein in der Stille nachzugehen. Konzentration besteht nicht mehr darin, alle seine geistigen Kräfte zu sammeln und auf einen bestimmten Punkt aus-

zurichten; sie ist zur Hälfte defensiver Natur geworden und liegt im Ausschalten und Abwehren störender Einflüsse von außen.

Die moderne Architektur fördert ein Leben «auf offenem Plan». In Haus und Wohnung werden die verschiedenen Tätigkeits- und Wohnbezirke nicht mehr voneinander abgegrenzt. Eines greift ins andere über. Küche, Wohn-, Eß- und Spielzimmer sind nicht mehr getrennt. Somit sind auch deren besondere Geräusche und Gerüche überall wahrnehmbar. Im modernen Heim gibt es keine stillen Kammern mehr.

Auch außerhalb des Hauses werden Breschen in die Abgrenzungen geschlagen. Gartenzäune sind verpönt. Wer eine Hecke pflanzt, um sich etwas abzuschirmen, macht sich verdächtig. Das drückt sich auch im gesellschaftlichen Verkehr aus. Man lädt nicht mehr zu einem bestimmten Anlaß ein. «Besuchen sie uns jederzeit», heißt es. «Drop in any time», wie die Angelsachsen sagen.

Auch die Freizeitgestaltung steht im Zeichen der Gemeinsamkeit. Die zur Nachahmung empfohlenen Beschäftigungen bestehen fast alle aus Gruppenbetätigungen. Wer seine Freizeit allein verbringt, gilt als Sonderling.

Dieser Lebensstil des beständigen Zusammenseins wird als zeitgemäß gepriesen. Reklame und geschäftliche Interessen fördern diese Tendenz. Unter der Konsumentenschaft hat sich jedoch inzwischen eine Übersättigung eingestellt. Man darf mit unver-

hohlener Freude feststellen, daß die Reaktion nicht ausgeblieben ist. Der Mensch hat genug davon, beständig mit andern Leuten zusammensein zu müssen. Er will nicht immer in eine Gruppe hineingeschoben werden. Er sehnt sich bisweilen nach einem Ort, wo er mit sich allein sein kann. Auch die Hausfrau und Mutter möchte sich ab und zu still für sich hinsetzen, selbst wenn es nur auf dem harten Stuhl in den vier Wänden ihrer Küche sein sollte. Mehr und mehr vernimmt man das Begehrn nach Ruhe und Abgeschiedenheit.

Die Erfahrungen eines Lebens in übersteigerter Gemeinsamkeit haben gelehrt, daß die im Menschen ruhenden schöpferischen Kräfte zu ihrer Erneuerung der Stille und Einsamkeit bedürfen. Man erinnert sich wieder der Worte, die Friedrich Nietzsche der Einsamkeit gewidmet hat, in welcher er eine Voraussetzung zur Selbsterfüllung und zur wahren menschlichen Größe sah. «O Einsamkeit! Du meine Heimat Einsamkeit! Zu lange lebte ich wild in wilder Fremde, als daß ich nicht mit Tränen zu dir heimkehrte!»

Man wird sich auch bewußt, daß der Weg in die Einsamkeit nicht Flucht, sondern Angriff, nicht Abkehr, sondern Einkehr bedeutet. Ernst Jünger sieht im symbolisch verstandenen Waldgang die Freiheit des einzelnen, das Verdienst, in dieser Welt ein einzelner zu sein. Waldgänger ist jener, der sich dem Automatismus widersetzt und nicht alles als unabänderlich hinnimmt. Der Waldgänger handelt, und zwar «jetzt und hier». Im Walde ist es «heimlich», er findet dort Einsamkeit. Wald im symbolischen Sinn gibt es überall, in der Einöde wie in der Großstadt. Er ist aber schwer zu finden. Wer ihn sucht, muß gegen kaum greifbare Mächte und Strömungen ankämpfen, die sich dem Waldgang entgegenstellen.

Es zeugt für die Widerstands- und Urteilskraft der modernen Gesellschaft, daß trotz denkbar ungünstigen äußeren Umständen der Ruf nach Einsamkeit und Abgeschiedenheit, nach Orten, an denen man sich sammeln kann, immer deutlicher erschallt.

In der Tat gibt es mehrere Stätten, die dem Waldgänger offen stehen und ihn zu Einkehr und innerer Sammlung einladen.

Viele davon sind erst in jüngster Zeit geschaffen worden, durch Stiftungen oder Vermächtnisse, in der Erkenntnis, daß diese Form der Philantropie den Bedürfnissen der Gegenwart besonders gut entspricht.

In diesem Zusammenhang ist auf den doppelten Sinngehalt des Wortes Sammlung hinzuweisen: Die Stätten der Sammlung bergen oft eine kostbare Sammlung. So erfüllen sie auch einen doppelten Zweck: Erhaltung und Zurschaustellung wertvoller Kulturgüter einerseits, Förderung der Forschung und unabhängigen geistigen Arbeit in entsprechender Umgebung anderseits.

*

Es ist angebracht, an dieser Stelle auf einige solcher Stätten der Sammlung hinzuweisen. Da wäre vor allem die *Abtei von Royaumont* in der Nähe von Paris zu nennen, eine gotische Zisterzienserabtei, die von ihren Besitzern, Herrn und Frau Gouin, ausgebaut und mit antikem Mobiliar eingerichtet wurde. So dient sie nun als weltliches Kloster, in dem sich Intellektuelle aus aller Welt zu Seminarien, Gesprächen oder zum bloßen Gedankenaustausch einfinden. Bemerkenswert an Royaumont ist die Tatsache, daß hier ein Kloster einem weltlichen Zweck zugeführt werden konnte, unter völliger Bewahrung der weihevollen Atmosphäre und der klösterlichen Funktion. Obschon sich die Abtei keinem Programm verschrieben hat, ist ihre Ausstrahlung doch sehr stark. Unter der jüngeren Elite Frankreichs gibt es viele, die sich vom Geiste Royaumonts haben inspirieren lassen.

In Georgetown, dem historischen Viertel von Washington D.C., steht ein alter Sitz im klassizistischen Stil, inmitten eines üppigen, reich bepflanzten Parkes. Dort ist das Heim der *Dumbarton-Oaks-Forschungsbibliothek und -sammlung*, von dem Ehepaar Robert Woods Bliss gegründet und 1940 der Harvard-Universität vermacht. Sie gilt als eines der schönsten Sammlung- und Forschungsinstitute für byzantinische und frühmittelalterliche Kunst und Geschichte. In diesem prachtvollen, mit jedem Komfort versehenen Herrschaftshaus können sich Forscher und Gelehrte als Gäste aufhalten und, teilweise mit

Unterstützung der Stiftung, ihren Studien nachgehen. Obschon sich die Sammlung auf eine bestimmte Epoche beschränkt, erstreckt sich der Wirkungskreis des Instituts auf alles, was an amerikanischen Universitäten unter dem Begriff «humanities» zusammengefaßt wird.

Die im toskanischen Landhaus *I Tatti* in Settignano bei Florenz untergebrachte Forschungsstätte, Schöpfung und Vermächtnis des 1959 verstorbenen Kunsthistorikers Bernard Berenson, ist ebenfalls der Harvard-Universität angeschlossen. *I Tatti* mit dem historischen Bau, den von Berenson gesammelten Gemälden und der von ihm kunstvoll erbauten Bibliothek, dem paradiesischen, in Terrassen angelegten Park mit den hohen Pinien und Zypressen, ist wohl eine der schönsten Institutionen dieser Art, eine wahrhaft inspirierende Stätte der Sammlung. Auch sie ist in erster Linie einer bestimmten Epoche, der italienischen Renaissance, gewidmet, wobei der Kreis gesprengt wird und ebenfalls die weiteren Aspekte des humanistischen Studiums in sich schließt.

Auch aus der Schweiz können einige Beispiele angeführt werden. Da wäre das 1954 eröffnete *Institut et Musée Voltaire* zu nennen, das in dem einst von Voltaire bewohnten Sitz *Les Délices* in Genf untergebracht ist. Auch hier sind Sammlung, Museum, Bibliothek und lebendige Forschungsstätte miteinander verbunden. Daß dieses schöne Werk zustandekam, ist neben den Genfer Behörden in erster Linie seinem jetzigen Leiter, dem englischen Voltaire-Sammler und -Kenner Theodor Besterman zu danken.

Seit 1960 steht in Sils-Maria das *Nietzsche-Haus* Gelehrten und Schriftstellern zu stiller Arbeit und ruhiger Erholung offen. Vertreter der Geisteswissenschaften, Studierende und literarisch Schaffende können in den Räumen dieses einfachen Hauses, inmitten der erhabenen Landschaft des Engadins, zu günstigen Bedingungen für kürzere Arbeits- und Erholungsaufenthalte Unterkunft finden. Gleichzeitig dient das Haus einem musealen Zweck: Das Arbeits- und Wohnzimmer, in dem Nietzsche zwischen 1881 und 1888 jeweils den Sommer verbrachte, ist in seinem ursprünglichen Zustand wiederhergestellt

worden und steht zur Besichtigung offen. Eine kleine Nietzsche-Sammlung und Bibliothek sind im Aufbau.

Vor einiger Zeit vernahm man die Kunde der Errichtung der *Werner-Abegg-Stiftung*, die in der Nähe von Bern zu einer bedeutenden kunsthistorischen Arbeits- und Forschungsstätte ausgebaut werden soll. Es ist zu erwarten, daß die von Dr. Michael Stettler geleiteten Arbeiten zur Verwirklichung dieses Planes eine lebendige Stätte der Sammlung im besten Sinne dieses Begriffes erstehen lassen werden.

*

Auf die Rolle der Kirchen als Stätten der Andacht wird hier nicht eingetreten. Immerhin sei die Frage aufgeworfen, weshalb es immer noch nicht überall möglich ist, die Kirchentüren jederzeit offen zu halten. Dagegen verdient der Meditationsraum im Gebäude der Vereinten Nationen in New York erwähnt zu werden. Es handelt sich dabei um eine über den religiösen Dogmen stehende, sozusagen «neutrale» Kapelle, die in ihrer abstrakten Schlichtheit die Delegierten und Besucher zur Besinnung einlädt.

Im Erziehungswesen, besonders an den Universitäten, bestehen weitere Möglichkeiten, das Bedürfnis nach geistiger Arbeit in Abgeschiedenheit zu befriedigen. So könnte man sich an den Hochschulen neben den Hörsälen besondere Denk- oder Studiersäle vorstellen. In Studium und wissenschaftlicher Forschung zeitigt die selbständige, von außen unbeeinflußte und nur aus eigener Initiative stammende Arbeit oft die besten Ergebnisse. Solche, nur sich selbst verantwortliche geistige Arbeit zu fördern ist auch einer der Zwecke der von Walter Robert Corti vorgeschlagenen *Akademie*, die nach Erwerb eines geeigneten Geländes nunmehr kurz vor der Verwirklichung steht.

Man sollte meinen, daß der Erwerb eines Eigenheims einem auf immer eine Stätte der Sammlung verschaffe. Zweifellos ist es für den Hausbesitzer leichter, sich einen stillen Ort freizuhalten. Doch leben die meisten Leute in Mietwohnungen. Hier greifen städtebauliche Probleme in den privaten Bereich über. Die Frage stellt sich, wo eine Familie mehr Abgeschiedenheit finden kann,

in einem unter tausend Reihenhäuschen oder in einer angeschlossenen Wohnung in einem riesigen Block. Die in jüngster Zeit in Industrievorstädten gemachten Erfahrungen und durchgeführten Meinungsumfragen werfen neues Licht auf diesen Punkt. Es ist bezeichnend, daß Le Corbusier in seinen Plänen für die Vorstadt der Zukunft auf weiten Grünflächen riesige, freistehende Wohnblöcke aufstellt, die aus vielen zusammengefügten, aber unter sich schall- und verkehrsmäßig vollkommen isolierten Wohnungseinheiten bestehen. Er hat diese Idee der «unité d'habitation» von der Klosterzelle übernommen.

Abgeschiedenheit ist jedoch nicht nur das Ergebnis materieller Einrichtungen, sondern auch die Folge menschlichen Verhaltens. So tragen zum Beispiel alle Anstrengungen zur Lärbekämpfung wesentlich dazu bei, dem Menschen die stille Einkehr und Besinnung zu erleichtern. Auch die Umgangsformen im gesellschaftlichen Verkehr können hier mit-

helfen. Vor allem muß das Recht des Individuums auf Einsamkeit von jedem geachtet werden. Dies gilt auch für das Gespräch. Die Japaner halten es für unhöflich, jemanden mit einer direkten Anrede zu überfallen. Sie schicken dieser eine höfliche Warnung voraus und sagen «Anoné», was etwa soviel heißen will wie «Bitte, darf ich zu Ihnen sprechen?»

Man wird sich dieser kleinen und großen Wege zu innerer Sammlung und Abgeschiedenheit mehr und mehr bewußt. Darin liegt die Reaktion des Individuums gegen die überhandnehmende Vergesellschaftung des Lebens.

Angesichts der vielen sich bietenden Möglichkeiten darf man feststellen, daß das Notwendige zum Vergnügen werden kann. Wer ernsthaft sucht, hat heute keine Mühe, für sich eine Stätte der Sammlung zu finden oder gar selber zu gestalten.

Mario Ludwig

QUERSCHNITT DURCH NEUE WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFTEN

Zum Gedenken an Walter Stucki

Im Oktober hat der Tod in Bern Minister Walter Stucki nach schwerer Krankheit im 76. Lebensjahr von seinem Leiden erlöst. Dem Verstorbenen hat die Wirtschaftspresse nicht nur in der Schweiz warme Nachrufe gewidmet. Auch der Verfasser vorliegender Zeilen empfindet es als eine Ehrenpflicht, des Heimgegangenen, mit dem er im Comité Economique des früheren Völkerbundes, in schweizerisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen und bei anderen Gelegenheiten häufig zusammengetroffen ist, als eines Mannes zu gedenken, der zielbewußt in der Sache und dabei stets verbindlich in der Form den Interessen seines Landes vorbildlich gedient hat. In Deutschland wird insbesondere Stuckis herzhaftes Auftreten nach dem Kriege als Verteidiger für die Unantastbarkeit des Privateigentums in Auseinandersetzungen mit den alliierten Mächten unvergessen bleiben.

Internationale Wirtschaftsprobleme

Wieder hat während der Berichtszeit (von September bis und mit November 1963) in der Wirtschaftspresse bezüglich der *Europäischen Integration* im großen und ganzen Windstille geherrscht. Die für den Mai 1964 geplante und nach dem ermordeten amerikanischen Präsidenten genannte «Kennedy-Runde» im GATT wirft bereits ihre Schatten voraus. Nur auf die folgenden Artikel ist aufmerksam zu machen: Mit Genugtuung betont die «Schweizerische Handels-Zeitung» («SHZ») am 19. 9. im Hinblick auf die Konferenzen von Stockholm und Helsinki, daß «die EFTA eine Weltmacht ist». In der «Schweizerischen Versicherungs-Zeitschrift» («Versicherung») vom Sept. äußert sich W. v. Wartburg über die Stellung des Versicherungswesens in der künftigen Integration. Die «NZZ», Nr. 280 vom 12. 10., beschäftigt sich mit einer Erklärung des Verbandes der Europäischen Landwirtschaft zu

dem leidigen Thema der «Agrarpolitik in Europa»; das gleiche Problem behandelt die «Wirtschaftsrevue» vom November unter dem Titel: «Konstruktive Agrarpolitik.» Im «Economist» vom 9. 11. finden wir ferner Betrachtungen über den bekannten Vorschlag des Vizepräsidenten der EWG-Kommission Dr. Mansholt zur Harmonisierung der Getreidepreise innerhalb des Gemeinsamen Marktes und über die Schwierigkeiten, die durch diese Anregung besonders für die Bonner Regierung aufgeworfen werden. Schließlich ist der Beitrag von Nationalrat P. Dürrenmatt: «Eidgenössische Demokratie und europäische Integration» in der «Gewerblichen Rundschau» vom September recht beachtlich; und die «Schweizerische Gewerbe-Zeitung» spricht sich am 16. 11. gegen eine «Einheitsfront EWG-EFTA» aus.

Für die Aussichten der *Atlantischen Gemeinschaft* förderlich ist die Beruhigung im ominösen «Hähnchenkrieg» (a chicken war) zwischen den USA und dem Gemeinsamen Markt; im «Economist» kann man am 26. 10. Genaueres darüber lesen. — So wesentlich in der Berichtsperiode die Probleme der *OECD* und des *GATT* von den Wirtschaftszeitschriften vernachlässigt worden sind, um so stärker haben Fragen der *internationalen* (ebenso wie die der heimischen) *Konjunktur* die Aufmerksamkeit der Presse erregt. Der «Wochenbericht» des Zürcher Bankhauses Bär verweist am 12. 9. darauf, daß eine längere Konjunkturperiode oft mit dem Absinken staatsbürgerlichen Interesses gekoppelt ist; er hebt am 19. 9. «die Rolle der Preise bei der wirtschaftlichen Entwicklung» hervor und bezeichnet am 17. 10. «die Konjunktur als Belastungsprobe der Demokratie». Die «Wirtschafts-Notizen» der Schweizerischen Bankgesellschaft beginnen im Oktober mit einem Bericht: «Im Zeichen der (internationalen) Antiinflationspolitik». — In bezug auf die *Finanz- und Steuerpolitik* nennt ein Spezialkorrespondent des «Economist» beim Weltwährungsfonds am 5. 10. die Fortschritte erfreulich, die finanzielle Vereinbarungen unter den Staaten erzielt haben. Die Aufgaben der Banken in einer freien Wirtschaft schildert die «Zeit-

schrift für das gesamte Kreditwesen» («Kreditwesen») in ihrer zum X. Deutschen Bankertag herausgebrachten Nummer vom 15. 10. In ähnlicher Form liegt der Schwerpunkt der «Economist»-Ausgabe vom 23. 11. in einer Betrachtung des internationalen Bankwesens; was die schweizerischen Geldinstitute angeht, wird dabei ausgeführt, daß ihnen das Eindringen fremden Kapitals das Leben schwer macht. Das New Yorker Wirtschaftsmagazin «Challenge» ist in seiner Oktober-Ausgabe angefüllt mit Artikeln über die «Steuerprobleme in der Welt». — In der Materie der *Sozialpolitik* wird der «Arbeitsmarkt als Schlachtfeld» in einem Artikel des «Wochenberichtes» von Bär am 7. 11.: «Der Streik» einer Diagnose unterzogen. Der holländische Professor Dr. Jan Pen verbreitet sich in den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom Oktober wohl informiert über die «europäische Lohnpolitik».

Die Kritik an der bisher üblichen Methode der *Entwicklungshilfe* ist auch während der letzten Monate nicht verstummt. Die Probleme dieser Unterstützung hat Botschafter Dr. A. Lindt in einem Referat vor der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes schweizerischer Arbeitgeberorganisationen herausgestellt; sein Vortrag wird auszugsweise von der «Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung» («SAZ») am 12. 9. wiedergegeben. Auch der «Economist» zieht in einem Aufsatz: «Die Prosa der Hilfe» («The Prose of Aid») am 12. 9. die Konsequenzen aus den bisherigen Fehlschlägen. — *Im übrigen* liegt es nahe, den Blick der Leser noch auf die folgenden Verlautbarungen zu lenken: Dr. H. Rudin entwirft an leitender Stelle der «SAZ» vom 5. 9. ein lebendiges Bild der «Verpolitisierung der Internationalen Arbeitskonferenz» in diesem Jahre. Das «Internationale Gewerbearchiv» veröffentlicht in Heft 3 eine Abhandlung von K. J. Gantzel über die Definition von «Mittelstands- und Gewerbebegriff». Auf eine instruktive Erörterung: «Zukünftige Kraftversorgungsprobleme» der Welt im «Vierteljahresbericht» Nr. 3/63 der Skandinaviska Banken und auf eine Betrachtung von R. Dubs, «Vorteile und Nach-

teile einer Großraumwirtschaft», als «Wirtschaftspolitische Mitteilung» der Wirtschaftsförderung aus dem Oktober sei hingewiesen. Schließlich untersucht der «Wochenbericht» von Bär am 28. 11. das Pro und das Kontra der Einführung von «Gleitzöllen» zum Schutze der Landwirtschaft.

Aus der schweizerischen Wirtschaft und über ihre Probleme

Ergiebigere Resultate bringt der Querschnitt bei einer Durchsicht der ökonomischen Zeitschriften mit ihren Nachrichten aus der schweizerischen Wirtschaft und über ihre Probleme. Schon nimmt dabei die Beobachtung der *konjunkturellen Entwicklung* einen breiteren Raum ein. In der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» vom September ist die lesenswerte Wiedergabe eines Vortrages von Prof. Dr. F. A. Lutz: «Das konjunkturpolitische Instrumentarium der Schweiz» enthalten. In der «SAZ» vom 26. 9. steht die Präsidialansprache von Dr. h. c. Carl Koechlin vor einer Delegiertenversammlung des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins mit dem Thema: «Integration und Konjunktur» (vgl. dazu auch den Teil in französischer Sprache in der «SAZ» vom 31. 10. und 7. 11.). Ein «Konjunktur-Interview» mit dem Präsidenten der Generaldirektion der Schweizerischen Bankgesellschaft, Dr. A. Schaefer, bringt die «Wirtschaftsrevue» im Oktober. Mit den «Gefahren der schleichen- den Inflation» setzt sich die «SAZ» am 3. 10. auseinander. Eine Rede von Bundesrat Dr. Schaffner über «die Schweiz in der Weltwirtschaft» vor der letzten Jahresversammlung der Schweizerischen Bankiervereinigung drückt die «NZZ» in Nr. 275 vom 7. 10. ab. Prof. Dr. E. Böhler hat sich in der jüngsten Generalversammlung der Schweizerischen Gesellschaft für Konjunkturforschung mit dem konjunkturpolitischen Thema: «Die neuen Herren vor den alten Problemen» beschäftigt; vgl. die «Agrarpolitische Revue» vom Oktober. «Das Wachstum der schweizerischen Volkswirtschaft» nach Tatsachen, Ursachen und Folgen bildet das Thema einer

umfassenden Untersuchung des Schweizerischen Bankvereins in seinem «Bulletin» vom November. Eine Ausarbeitung über die Wirtschaftslage im 3. Quartal 1963 findet sich als Mitteilung 163 der Kommission für Konjunkturbeobachtung in der Beilage zur amtlichen «Volkswirtschaft» vom November. Auf dem Gebiete des *Außenhandels* widmet sich in der «Außenwirtschaft», Heft III, Professor Dr. A. Boßhardt «dem Problem der volkswirtschaftlichen Kosten einer handelspolitischen Isolierung der Schweiz». «La Suisse Horlogère» stellt am 31. 10. mit Befriedigung fest, daß die Expansion beim Export der Uhrenindustrie angedauert hat. «Die Handelsbeziehungen Deutschland-Schweiz 1892—1962» läßt Dr. H. Fraenkel in der November-Ausgabe der Zeitschrift «Deutschland-Schweiz» am Leser vorüberrollen. — Was *sozialpolitische Themen* angeht, hat der deutsche «Arbeitgeber» am 20. 10. den Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeiterverband zu seinem kürzlichen Jubiläum des fünfundseitzigjährigen Bestehens beglückwünscht. In seiner «Werkzeitung der schweizerischen Industrie» bezeichnet Nationalrat Dr. H. Häberlin im Oktober den Zürcher Gipsstreik als sinnlos. Mit regem Interesse verfolgt man in der amtlichen «Volkswirtschaft», Heft 10, den Bericht des Bundesamtes für Industrie usw. über «den Bestand der kontrollpflichtigen ausländischen Arbeitskräfte im August 1963». Wieder ist der deutsche «Arbeitgeber» zu zitieren: er röhmt es am 5. 11., daß «der Schweizerische Gewerkschaftsbund nach höheren Zielen strebt». Endlich ist eine Arbeit Professor Niehans' in der «NZZ», Nr. 302 vom 3. 11., hervorzuheben, die «die Probleme der 6. Revision der AHV im Blick auf die Geldentwertung» zum Inhalt hat; auch der Leitartikel in der «SAZ» vom 14. 11. ist wichtig; er lehnt einen «gewerkschaftlichen Organisationszwang mit Hilfe der Arbeitgeber» entschieden ab. — In *finanziellen und Fragen der Steuerpolitik* beleuchtet Dr. H. J. Mast im «Kreditwesen» vom 1. 10. die in der Schweiz geführten drei Aktien-Indizes, nämlich den der Nationalbank, der Kreditanstalt und des Bankvereins. In der «Steuer-Revue», Heft 9, unterzieht Privatdozent Dr. E. Höhn

das Steuerrecht einer «wirtschaftlichen Be- trachtungsweise». Die Zeitschrift «Deutsch- land-Schweiz» wird im September von sach- kundiger Seite über die «steuerliche Belas- tung der gewerblichen Tätigkeit von Schweizern und Schweizer Firmen in der Bundesrepublik» aufgeklärt. Die «Basler Nachrichten» stellen am 9. 10. die Frage, «wie es um den Schweizerfranken steht». Die Sondernummer der «SHZ» vom 4. 10., an- läßlich des Schweizerischen Bankertages vom 5. 10., enthält wie üblich zahlreiche an- regende Beiträge namhafter Finanzexperten. Im Blick auf das Bundesbudget warnen der «Splitter» der Schweizerischen Volksbank im November und die «SHZ» vom 7. 11. vor der «Gefahr der kalten Zentralisation», und in der «Werkzeitung» vom November heißt Dr. Häberlin die steuerliche Entla- stung in der Vorlage des Bundesrates über die Verlängerung der Finanzordnung will- kommen. «Die Lage am Geld- und Kapital- markt» behandelt Dr. J. Lademann an der Spitze der Nr. 47 der «SAZ» vom 21. 11. Der Einfluß der europäischen Integration auf die schweizerische Fiskalpolitik sondiert der Vizedirektor der Eidgenössischen Steuer- verwaltung, Dr. K. Locher, in der «Steuer- Revue» vom November.

Zum Abschluß dieses Kapitels wollen wir noch einige Artikel nennen, deren Kenntnis für den Leser gewinnbringend sein kann: Die «SHZ» läßt am 25. 9. eine Sondernum- mer zur Zuger Generalversammlung der Schweizerischen Studiengesellschaft für rationellen Güterumschlag erscheinen. Über den «Aufwand für das schweizerische Ver- kehrswesen» orientiert der «Splitter» der Schweizerischen Volksbank im Oktober. Mit einem Aufsatz von Dr. Hans Gaugler: «Das internationale Versicherungsvertrags- recht der Schweiz» beginnt die «Versiche- rung» ihre Hefte im September und Oktober. Die «Wirtschaftspolitischen Mitteilungen» der Wirtschaftsförderung publizieren im Heft 9 eine Darstellung des Fürsprechers Dr. R. Stüdli über «Industrielle Dezentralisa- tion». Die «SAZ» lobt am 10. 10. die Aus- führungen des Nationalrats Wüthrich über «Verbände und Politik in der Demokratie» im Jahresbericht 1962 des Schweizerischen

Metall- und Uhrenarbeiterverbandes als «eine bemerkenswerte Stellungnahme». Das «Archiv» schließlich enthält wie üblich, so auch jetzt wieder erwünschte Informationen aus der schweizerischen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Nachrichten aus Gebieten ökonomischen Interesses für die Schweiz

1. *Aus Europa:* Vom Benelux-Raum läßt sich der «Wirtschaftsbericht» der Bayerischen Staatsbank Mitte Oktober dahin vernehmen, daß «Hollands Wirtschaft langsamer wächst». In der «NZZ», Nr. 300 vom 1. 11., lesen wir von «der Steigerung des belgischen Dis- kontsatzes» und von «Lohnerhöhungen in den Niederlanden». — Über die «Belebung der Konjunktur in Frankreich» spricht «Fi- nanz und Wirtschaft» («FuW») am 4. 9. Carl Landauer (Berkeley in Kalifornien) un- tersucht im «Kyklos», Fasz. 4 von 1963, an Hand der Beispiele Frankreichs und Jugo- slawiens die dort «geplante Marktwirt- schaft». — Am 11. 9. enthält «FuW» eine lebendige Schilderung «der pharmazeuti- schen Industrie Großbritanniens». Auf «Eng- land als interessanten Markt für Schweizer- waren» lenkt «Wirtschaftsdienst — Betriebs- führung» in Nr. 9 das Interesse des Exporteurs. Nähere Angaben über den britischen Außenhandel bringt der «Economist» am 2. 11. — Aus dem Bereich der *nordischen Staaten* wird die «NZZ», Nr. 291 vom 23. 10., über «öffentliche Finanzen und Wirt- schaft in Finnland» aufgeklärt. Daß die «schwedische Stahlindustrie gut fundiert und optimistisch» ist, hat dem Frankfurter «Volks- wirt» vom 20. 9. Eindruck gemacht. — «Österreichs Wirtschaftspolitik» bildet das Objekt in einem Bericht aus Wien an die «NZZ», Nr. 277 vom 9. 10. Die Wiener «Industrie» beklagt es am 8. 11., daß «ein Schatten über dem Italien-Export» ihres Landes schwebt. — Sie ist es auch, die am 1. 11. den «gigantischen Umschichtungspro- zeß in Spanien» unterstreicht.

2. *Aus der übrigen Welt:* Über die «west- afrikanische Währungsunion» (zwischen Da- homé, Elfenbeinküste, Mauretanien, Niger,

Obervolta und Senegal) läßt sich H. Zimmermann in «Kreditwesen» vom 15. 9. und 1. 10. aus. — In den deutschen «Gewerkschaftlichen Monatsheften» vom November steht eine Notiz über den «Gewerkschaftsausbau Lateinamerikas». Seiner Überzeugung: «Die südamerikanische Freihandelszone ist keine Utopie mehr», verleiht Dr. P. Alemann in «FuW» vom 14. 9. Ausdruck.

Über «die Finanzierung der wirtschaftlichen Entwicklung *Brasiliens*» und über dessen Industrie, «die exportieren soll», orientiert der Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom Oktober. — Im September hatte er «die wirtschaftliche Wachstumsrate *Indiens*» behandelt. — Aus *Israel* wird in «FuW» vom 12. 10. «1964 als ein weiteres Jahr der Stabilisierungsbemühungen» gekennzeichnet. Die «SHZ» publiziert am 3. 10. eine Außenhandelsbeilage: «*Israel-Schweiz.*» — Das «neue Gewand», das die alten Konzerne *Japans* (Mitsui, Mitsubishi und Sumitama) heutzutage bekleidet, wird im Frankfurter «Volkswirt» am 4. 10. beschrieben. Die Außenhandelsbeilage der «SHZ» vom 5. 9. bezieht sich auf die vom 1. Sektionschef der Eidgenössischen Handelsabteilung, lic. J. E. Tondury, besprochene «Entwicklung der schweizerisch-japanischen Handelsbeziehungen». — Wirtschaftliche Vorgänge in der *Südafrikanischen Union* zeichnet «FuW» am 30. 11. und 4. 12. auf.

Wirtschaftsinformationen über die USA

Konjunkturelle «Gleichgewichtsstörungen der amerikanischen Wirtschaft» wecken im September die Aufmerksamkeit der Schweizerischen Bankgesellschaft in ihren «Wirtschaftsnotizen». — Aus der Sphäre der *Sozialpolitik* referiert in den Frankfurter «Monatsblättern für freiheitliche Wirtschaftspolitik» vom Oktober G. Hirsland (New York) über «den Weg in die Wirtschaftspolitik», den die amerikanischen Gewerkschaften eingeschlagen haben. — In vorsichtigen Formulierungen kritisierte der bekannte deutsche Bankier Abs kürzlich in New York vor dem International Management Congress Maßnahmen der USA-Wirtschaftspolitik; Auszüge aus die-

sem Vortrag bringt die Wiener «Industrie» am 27. 9. (vgl. auch «FuW» vom 25. 9.). Aus New York wird dieser eben genannten Zeitschrift am 22. 11. gemeldet, daß die «USA-Regierung auch weiter für liberale Handelspolitik» eintrete. «Die Entwicklung des Uhrenmarktes in den USA und die Zukunft der dortigen Uhrenindustrie» charakterisiert M. Goldberger (New York) in der «Horlogère» vom 14. 11. — In bezug auf *finanzielle Fragen* recht wertvoll ist ein von der Deutschen Bundesbank mit ihren «Auszügen aus Presseartikeln» am 15. 10. in breiter Form wiedergegebenes Referat des Direktoriumsmitgliedes der Nationalbank Dr. M. Iklé über «die amerikanische Zahlungsbilanz und das Dollarproblem»; der Vortrag fand in der Zürcher Studiengesellschaft für Wirtschaftspolitik am 2. 10. statt. Über «Steuersenkungen in den USA» referiert Prof. Dr. R. C. Wertheimer (Cambridge, Mass.) im Hamburger «Wirtschaftsdienst» vom November.

Wirtschaft im Sowjetblock und West-Ost-Handel

Aus dem *kommunistischen Herrschaftsbereich* weiß der «Economist» am 19. 10. von den Entschließungen der letzten Comecon-Tagung zu berichten, die auf eine Konvertibilität der Währungen hinauslaufen. Der Berater für Osteuropafragen bei der EWG-Kommission, Dr. R. Sannwald, schildert in der «Außenwirtschaft» (September) die kommunistische Beurteilung der Römer Verträge und die sowjetische Auffassung über die EWG. — Was die *Sowjetunion* im speziellen angeht, bezeichnet der «Economist» am 12. 10. die russische Mißernte dieses Jahres als eine Folge verfehlter Planung. Die dortige «latente Erntemisere» wird auch von der «SHZ» am 10. 10. sorgsam beobachtet. «Das Fiasko der chemischen Industrie in der Sowjetunion» gibt H.-J. Eisner das Stichwort zu eingehender Darstellung in den Frankfurter «Monatsblättern...» (November). — Interessante Ausschnitte aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben der *Tschechoslowakei* und *Ungarns* vermitteln Berichte im «Economist» vom 26. 9. Die Wiener «Industrie» betont am 15. 11., daß

«Rumänien nach Westen blickt». Im verspätet ausgelieferten 2. Heft (1963) der Zeitschrift «Osteuropa-Wirtschaft» weist, unter Benutzung eines reichhaltigen Zahlenmaterials, A. Graef auf «Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung Rumäniens» hin.

Durch lehrreiche Tabellen über den Umfang des *Warenaustausches der östlichen Länder* mit der Welt des europäischen *Westens* zeichnen sich die «Neuigkeiten» der Economic Commission for Europe im Oktober aus.

*

Für Spezialisten des kommunalen Geschehens wird die in München erscheinende «Zeitschrift für kommunale Wirtschaft» mit

ihren im Brennpunkt der jeweiligen Ausgabe stehenden Nachrichten im September aus der Wasser-, im Oktober aus der Gas- und im November aus der Heizkraftwirtschaft willkommen sein. Im «Kyklos», Fasz. 4 von 1963, bespricht Prof. Dr. W. Röpke mit Wärme ein in diesem Jahre publiziertes Werk von Prof Edgar Salin: «Lynkeus. Gestalten und Probleme aus Wirtschaft und Politik.» Das beherrschende Thema in der «Revue Economique Franco-Suisse» vom Oktober/November ist die «wissenschaftliche Forschung».

(Abgeschlossen anfangs Dezember 1963)

Hans Posse

Die Sorge um die Solidität, die Schaffung von Reserven darf nicht den schöpferischen Drang nach dem Neuen ersticken und dem Einsatz großer Mittel im Wege sein, denn jedes Unternehmen lebt, indem es sich immer erneuert.

Größte Konzentration auf das eigene Gebiet in unermüdlicher Vervollkommenung darf nicht in Perfektionismus, in Selbstgenügsamkeit und Selbstzufriedenheit ausarten, sondern muß Raum lassen für unablässige Forschung und für den Blick auf umwälzende Entwicklungen, die zum Wesen der Technik gehören und immer wieder den rubigen Gang der Wirtschaftsgeschichte durchbrechen.

Max Huber

